

Das Trauerspiel einer sterbenden Regierung

Ralf Streck. **In Portugal klammert sich der konservative Ministerpräsident Pedro Passos Coelho an die Macht. Doch seine Tage scheinen gezählt zu sein. Die Mehrheit der Bevölkerung sowie die parlamentarische Opposition fordern Neuwahlen. Die Gewerkschaften haben mit einem Generalstreik das Land praktisch lahmgelegt, nachdem erneute Rentenkürzungen und Massenentlassungen angekündigt wurden.**

Eigentlich hatte Ende Juni der konservative portugiesische Ministerpräsident Pedro Passos Coelho die Regierungskrise für beendet erklärt. Doch sie wird nun über den Sommer weiterschweben und kann jeden Augenblick endgültig zum Sturz der Regierung führen. Denn der Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva hat die von Coelho vorgestellte Lösung nicht akzeptiert, mit der über drei Jahre lang 78 Milliarden Euro aus dem Euro debattiert wird. Silva fordert eine Regierung der nationalen Einheit unter Einbindung der oppositionellen Sozialisten (PS) und Neuwahlen für das kommende Jahr. Damit will er für Stabilität sorgen, um das «Anpassungsprogramm erfolgreich im Juni 2014 abzuschliessen». Dann soll Portugal, nachdem es über drei Jahre lang 78 Milliarden Euro aus dem Rettungsschirm EFSF und vom Internationalen Währungsfonds (IWF) erhalten hat, wieder an die Finanzmärkte zurückkehren. Dass das funktioniert, glaubt im Land praktisch niemand mehr. Der IWF fordert einen schnellen Schuldenschnitt für Portugal, damit das Land anders als Griechenland real entlastet wird und eine Chance bekommt, wieder auf die Beine zu kommen. Doch von einem Schuldenschnitt wollen Angela Merkel in Berlin und die EU in Brüssel nichts wissen.

Der Sturz der Regierung als Ziel

Die SozialistInnen haben angesichts des Vorschlags von Silva zwar ihre Bereitschaft angekündigt, «einen Dialog aufzunehmen». Doch die Parteiführung hat kürzlich klargestellt, dass zuerst die WählerInnen über die Mehrheitsverhältnisse im Parlament und damit auch über den Regierungschef entscheiden müssten. Im Parlament sagte Oppositionsführer Antonio Seguro unmissverständlich: «Die Tage der Regierung sind gezählt.» So wie die PS fordert auch eine grosse Mehrheit der Bevölkerung Neuwahlen. Liesse sich nun die PS aber in eine Regierung der nationalen Einheit einbinden, würden ihre Aussichten auf einen Wahlerfolg stark schwinden. Sie müssten als Teil der Regierung erneut harte Einschnitte mittragen und würden so die WählerInnen daran erinnern, dass auch sie einst dem Troika-Programm, anders als die kommunistische Partei und der Linksblock, zugestimmt haben.

Die versprochenen positiven Effekte, mit der man die Menschen in Portugal lang vertröstet hat, wollen sich einfach nicht einstellen. Die Arbeitslosigkeit ist längst auf den Rekordwert von 18 Prozent geklettert und 42 Prozent der jungen Leute sind ohne Job und Perspektive. Sie werden immer stärker zum Auswandern gezwungen.

Gegen die Troika-Auflagen und mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen, sind Ende Juni die Gewerkschaften zum stärksten Generalstreik der neueren portugiesischen Geschichte angetreten und haben das Land weitgehend lahmgelegt. Die beiden grossen Gewerkschaftsverbände haben erstmals wieder vereint gestreikt. Auch der kleineren UGT, die lange wie die PS den Sparkurs mitgetragen hat, ist der Kragen geplatzt. Wegen den erneuten Rentenkürzungen, die Streichung von 30 000 Stellen im öffentlichen Dienst und die Erhöhung der Arbeitszeit hatte sich sogar die «Bewegung christlicher Arbeitnehmer» dem Streikaufruf angeschlossen.

Der Versuch der Quadratur des Kreises

Der massive Widerstand zwang anfangs Juli den Finanzminister Vítor Gaspar zum Rücktritt. Damit wurde offensichtlich, dass die Regierungskoalition am Ende ist. Als Coelho die Staatssekretärin Maria Luísa Albuquerque zu Gaspars Nachfolgerin ernannte, verabschiedete sich Aussenminister Paulo Portas «unwiderruflich». Damit waren die Widersprüche in der Regierungskoalition voll aufgebrochen, die seit langem schwelen. Portas hat seinen Rücktritt damit

erklärt, dass er sich vom Abgang des Finanzministers einen «neuen politischen und ökonomischen Zyklus» und damit eine Lockerung der Sparpolitik erhofft hatte. Denn Portas «Demokratisch Soziales Zentrum – Volkspartei» (CDS-PP) trug die Sparmassnahmen nur noch zähneknirschend mit. Mit der Ernennung von Albuquerque platzte der CDS-PP der Kragen. Die neue Finanzministerin soll gegenüber den Finanzmärkten und der Troika «Kontinuität» signalisieren, hatte Ministerpräsident Coelho erklärt. Will heissen: Die Sparauflagen der Troika sollten ohne Abstriche weiter umgesetzt werden. Auf diesem Weg müssen sogar Verfassungsgerichtsurteile gebrochen werden: Obwohl die höchsten Richter im Frühjahr die Auszahlung des Urlaubsgelds im öffentlichen Dienst und für RentnerInnen anordneten, geschah dies im Juni nicht.

Der Ministerpräsident hat sich zudem in neue Widersprüche verwickelt. Auf Druck von Portas sprach auch er plötzlich vom «Zykluswechsel», um «Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen mehr Bedeutung zu geben». Doch in Richtung Brüssel und Berlin erklärte er gleichzeitig, man werde an den Sanierungszielen festhalten. Das ist der Versuch der Quadratur des Kreises: Zur Schaffung von Arbeitsplätzen braucht man Geld und das kann derzeit nur von aussen kommen.

Tief gesunken

Klar ist, dass niemand in Portugal mehr ernsthaft glaubt, dass Neuwahlen zu verhindern sind. José Manuel Fernandes, Kolumnist der grossen Tageszeitung



«Público», sprach davon, dass es noch schlimmer werden kann. Er meinte: «Heute ist das Schlimmste quasi unvermeidbar.» Deutlicher wurde Arlindo de Jesus Costa im konservativen «Diário de Notícias». In der Zeitung, die der Regierung nahe steht, spricht er von einer «monumentalen Farce». Man werde Zuschauer eines «entwürdigenden Schauspiels einer sterbenden Regierung». Damit wird klar, wie tief Coelho in Gunst der eigenen WählerInnen schon gesunken ist.

Portugiesische Gewerkschaften haben zum Generalstreik aufgerufen. Bild: zVg.

Berufsverbote in Deutschland

Deutsche Kommunistische Partei. **Seit 40 Jahren dauern die Proteste und der Widerstand gegen die Berufsverbote in Deutschland an. Betroffen von der Diskriminierung sind über 3,5 Millionen Personen. Eine grosse Hilfe war und ist die Solidarität von kommunistischen Parteien.**

Am 28. Januar 1972 wurden in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) von den Ministerpräsidenten der damaligen Bundesländer und Bundeskanzler Willy Brandt «Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst» beschlossen, die bis heute unheilvoll nachwirken. Das deutsche Wort «Berufsverbote» hat seitdem in alle Sprachen Europas Einzug gefunden, unter anderem als «les Berufsverbote» und «the Berufsverbot».

Mithilfe der «Regelanfrage» wurden 3,5 Millionen BewerberInnen vom Inlandsgeheimdienst «Verfassungsschutz» durchleuchtet. Lückenlos wurden alle Lebensbereiche bespitzelt, der Arbeitsplatz genauso wie die politischen und die ganz persönlichen Beziehungen. Es folgten 11 000 offizielle Berufsverbotsverfahren, 2200 Disziplinarverfahren, 1250 Ablehnungen und 265 Entlassungen.

Diskriminierung dauert an

Die Berufsverbote richteten sich gegen LehrerInnen, PostbotInnen, LokomotivführerInnen, JuristInnen, gegen BeamtenInnen, Angestellte und ArbeiterInnen auf der Ebene des Bundes, der Länder und in den Kommunen. Berufsverbote wurden auch in der Wirtschaft ausgesprochen.

Betroffen waren KommunistInnen, SozialistInnen, Mitglieder linker Gruppen, AntifaschistInnen, linke SozialdemokratInnen und FriedensfreundInnen, aber auch Unorganisierte, die sich kritisch zu den herrschenden Verhältnissen in der Bundesrepublik geäussert hatten. Die Berufsverbote wurden in aller Regel bis heute juristisch nicht aufgehoben. Bis zum heutigen Tage dauert auch die Diskriminierung durch finanzielle Abstrafung an: Zahlreiche Betroffene sind durch lebenslange massive Pensions- und Rentenkürzungen erheblich in ihrer Lebensführung eingeschränkt. Weder von Seiten der Bundesregierung noch von den Landesregierungen sind bislang Entschuldigungen für den Verfassungsbruch der Behörden erfolgt.

In dieser langen Zeit war die internationale Solidarität für die Betroffenen eine grosse Hilfe. Mit Ausnahme der Diktaturen in Griechenland, Spanien oder Portugal waren die Berufsverbote in allen anderen Ländern in dieser Form nicht vorstellbar. Die Stellungnahmen aus dem Ausland gaben den Berufsverbote-Opfern

die Kraft, den politischen Angriffen und der mit dem Berufsverbot verbundenen sozialen Deklassierung zu begegnen. Von vielen kommunistischen Parteien aus aller Welt gab es Zeichen der Solidarität, die besonders für die Betroffenen aus den Reihen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) eine grosse Hilfe waren, denn es ging nicht nur um den Zuspruch für die GenossInnen, sondern auch um ein deutliches Zeichen gegen ein drohendes DKP-Verbot.

«Verfassungsschutz» abschaffen

Eine neue, umfassendere Bedeutung haben die Berufsverbote gegen KommunistInnen nach der Übernahme der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) durch die BRD bekommen. Unzählige Beschäftigte aus der DDR, denen eine Nähe zu ihrem Staat vorgehalten wurde, bekamen von den neuen Machthabern die Kündigung. Betroffen war auch hier vielfach der Bildungsbereich vom Rektor der Humboldt-Universität bis zur Leiterin einer Polytechnischen Oberschule.

In Deutschland hat sich die Bewegung gegen die Berufsverbote auch durch die Aktivitäten der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wiederbelebt. Sie richtet sich gegen die anhaltende umfassende Bespitzelung durch den Inlandsgeheimdienst «Verfassungsschutz», der immer noch weitgehend die Einsicht in seine Aufzeichnungen ablehnt. Es wird sogar wahrheitswidrig behauptet, dass es keine «Akten» gäbe. Die Betroffenen konnten jedoch feststellen, dass sie immer noch unter Beobachtung stehen, dass die Wahrnehmung ihrer politischen Bürgerrechte observiert wird. Die Forderung lautet daher, dass der «Verfassungsschutz» abgeschafft werden muss. Diese Forderung hat eine zusätzliche Bedeutung bekommen, da bekannt wurde, dass dieser «Verfassungsschutz» mit Neonazis kooperiert, sie zum Teil sogar bezahlt hat.

Die DKP begrüsst die Bereitschaft der verschiedenen kommunistischen Parteien, an die frühe Solidarität gegen die Berufsverbote in den 70er und 80er Jahren anzuknüpfen und den in den Berufsverbotten zum Ausdruck kommenden Antikommunismus der herrschenden Klasse zu bekämpfen.

WEITERE INFORMATIONEN:
WWW.BERUFSVERBOTE.DE